



**Beschluss**  
**des Bezirksvorstands der AfD Mittelfranken**  
**vom 17. November 2015**

Die AfD Mittelfranken fordert die Innenminister von Bayern und Deutschland auf, sich für eine gesetzliche Regelung auf nationaler und europäischer Ebene einzusetzen, wonach beim Kauf von Fahrkarten in ein anderes Schengen-Land Ausweisdokumente vorzuzeigen sind.

Den Ausweis beim Kauf einer Fahrkarte in ein anderes Schengen-Land vorzeigen zu müssen ist den Bürgern als Maßnahme zur Erhöhung der Sicherheit in Europa vermittelbar und zumutbar. Bei Grenzübertritten innerhalb des Schengen-Raums muss ohnehin ein gültiges Ausweisdokument mitgeführt werden. Es handelt sich daher nicht um eine Einschränkung der Reisefreiheit. Die Maßnahme richtet sich auch nicht gegen Muslime oder Flüchtlinge, weil jeder gleichermaßen davon betroffen ist. Nach Auskunft von Beschäftigten der Deutschen Bahn zeigen ausländische Kunden beim Kauf von Fahrkarten vielfach unaufgefordert ein Ausweisdokument vor, obwohl sie das gar nicht müssen. D.h. es erscheint ihnen natürlich und keineswegs unangemessen.

Bislang verteidigt die Bundesregierung die mit rechtsstaatlichen Prinzipien unvereinbare Überwachung ihrer Bürger durch ausländische Geheimdienste mit Hinweis auf die notwendige Gefahrenabwehr. Hierbei werden Millionen von Mobiltelefonen und Computern ohne jeden Anlass ausgespäht und gigantische Mengen von Daten rechtswidrig gesammelt und gespeichert. Trotz dieses enormen technischen Aufwandes kann damit der Kauf einer Fahrkarte durch bekannte Gefährder in andere europäische Länder nicht erfasst werden. Die Überwachung durch ausländische Geheimdienste ist somit in diesem Fall unwirksam und nutzlos. Im Gegensatz dazu ist die Ausweispflicht beim Fahrkartenkauf eine einfache und gleichzeitig hochgradig effiziente und zielgerichtete Maßnahme, mit der sich die Sicherheit der Bürger durchaus verbessern lässt.